

Anträge der Bürgerunion

In der Sitzung am 15. September wurden vier von der Bürgerunion eingegangene Anträge behandelt, die in voller Länge in den Vorlagen des Ratsinformationssystems einsehbar sind.

- 1) Das Thema Industrie- und Gewerbeentwicklung in Güglingen soll in den Fokus des Gemeinderats gerückt werden.

Vorgeschlagen wurden sogenannte Informationsexkursionen zu den ortsansässigen Unternehmen. Bürgermeister Klaus Dieterich betonte, dass er in regelmäßigem Austausch mit den Unternehmen in Güglingen stehe und nichts gegen Besuche auch in großer Gruppe einzuwenden habe. Auch das Plenum befürwortete den Vorschlag, wobei Markus Xander anmahnte, dass bei solchen Besuchsterminen dann auch die entsprechende Präsenz gezeigt werden muss.

Für 2016 wird die Verwaltung einen ersten Besuchstermin bei einem der großen Unternehmen vereinbaren.

- 2) Das Radwegekonzept, das der Stadt vorliegt, soll umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Eine Verdichtung des Radwegnetzes stieß im Gemeinderat auf grundsätzliche Zustimmung. Inge Wolfinger konnte dazu auch die Aufnahme in ein Radwegeförderprogramm bestätigen. Im Rahmen des Programms läuft derzeit ein Antrag auf die Förderung des Radwegs „Gässle“ in Frauenzimmern. Es wurde beschlossen, dass vorliegende Konzept in die Fraktionen zu geben, zu überdenken und im Hinblick auch die Ortsdurchfahrt in Güglingen zu berücksichtigen.

- 3) Berücksichtigung der Güglinger Betriebe bei Auftragsvergaben der Stadt

Dieser Antrag musste nicht abgestimmt werden, da Klaus Dieterich versichern konnte, dass das Kaufen am Ort „das tägliche Brot der Verwaltung“ ist.

Die Güglinger Betriebe werden bei allen Auftragsvergaben berücksichtigt. Nur wenn diese das Benötigte nicht liefern können oder der Preis nicht vertretbar ist, gehen die Vergaben an andere Unternehmen.

- 4) Bienensterben

Die Vorlage enthielt vier Anträge, die dem Bienensterben Einhalt gebieten sollen. Das Plenum war sich einig, dass es sinnvoll sei, dem Bienensterben etwas entgegenzuhalten. Allerdings empfanden einige Stadträte die vorgeschlagenen Maßnahmen als Bevormundung der Bürger. Lediglich der dritte Antrag wurde angenommen, der die Stadt auffordert, erneut ein Ackerrandstreifenprogramm aufzulegen, das die Bauernschaft in Güglingen miteinbezieht.